



Einbringung Haushalt 2018

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau 1 Bürgermeisterin Cobet,
sehr geehrter Herr Baubürgermeister Renftle,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

im Rückblick denkt die Fraktion von Linke & Piraten, dass wir in Göppingen insgesamt betrachtet auf einem guten Weg sind – solange die Steuereinnahmen so weiter sprudeln.

Werden diese wegbrechen, wird uns so mancher verbauter Beton auf die Füße fallen und wenn wir Glück haben nur blaue Flecken hinterlassen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Leider haben wurde es trotz der sprudelnden Einnahmen und des guten Haushaltes nicht geschafft, gleichberechtigt allen Bereichen unserer Verpflichtungen nachzukommen. Dies betrifft zu unserem Leidwesen vor allem den sozialen Bereich, hier im Besonderen die Jugendarbeit. Hier befinden wir uns trotz der vielen Neubauten und Erwerbe der Stadt Göppingen – wie z.B. der Neubau des Rathauses 2, dem neuem Bahnhofvorplatz inkl. Tiefgarage, dem Schlossplatz usw. – noch in einer Art Schockstarre der letzten Konsolidierungsmaßnahmen.

Göppingen besteht nicht nur aus verbautem Beton, sondern auch aus Menschen!

Wir fordern dringend ein neues Konzept in der Jugendarbeit, welches nicht nur bauliche Maßnahmen beinhaltet sondern letztendlich auch eine Aufstockung des Personals.

Als ersten Schritt haben wir deshalb den Antrag gestellt, hier schnellstens ein tragfähiges Konzept unter Einbeziehung der freien Träger der offenen Jugendarbeit zu erarbeiten.

Es ist eben nicht so, dass man die Jugendarbeit ausschließlich den Vereinen oder einer Skateranlage überlassen kann. Soziologische Studien beweisen immer wieder, dass es durch zu wenigen Invest zu gesellschaftlichen Verwerfungen kommen kann. Wir denken, dies will hier keiner.

Bei unserer Infrastruktur wurden einige Erhaltungsmaßnahmen angestoßen. Allerdings ist dies bei weitem noch nicht ausreichend. Wir sehen durchaus ein, dass seitens der Bauleistungsträger nur wenige Möglichkeiten einer massiven Ausweitung gegeben sind – hier holt uns eben mal wieder wie so oft die Politik der jüngeren Vergangenheit ein, in der eindeutig zu wenig in die vorhandene Infrastruktur investiert wurde. Dabei stellen wir fest, dass der innenstädtische Bereich bevorzugt wird. Göppingen besteht aber nicht nur aus der Innenstadt. Viele Straßen und Gehwege im gesamten Stadtgebiet weisen nicht einmal mehr die Verkehrssicherheit auf.

Die innere Sicherheit, die in Göppingen empfunden wird, entspricht nicht der tatsächlichen Sicherheitslage. Dies hat uns der Besuch und Bericht der Leiterin des Polizeireviers eindrucksvoll dargestellt. Rund 20% der Polizeiplanstellen sind nicht besetzt. Ich frage den Gemeinderat: Welche Parteien sind hierfür verantwortlich?

Dies kann jeder für sich selber beantworten.

Meist kommt dann aus den betreffenden Fraktionen der Schnellschuss, man brauche mehr Videoüberwachung. Ich habe bis heute nicht gesehen, dass sich eine Kamera zwischen einen

Täter und ein Opfer wirft, um das eigentliche Verbrechen zu verhindern.

Besonders interessant war es für unsere Fraktion Linke und Piraten, dass ausgerechnet die Fraktionen, die einer Erhöhung der Planstellen des kommunalen Ordnungsdienstes nicht zugestimmt haben, im Haushalt 2017 hier auf der Sicherheitsdiskussionswelle ganz vorne mit reiten wollen. Dies zeigt Anfänge zur Quadratur des Kreises. Angst schüren in diesem sensiblen Bereich ist ein schlechter Ratgeber für alle Fraktionen. Dadurch wird man schnell zum Steigbügelhalter für rechte Extreme.

Aus diesen eben genannten Gründen haben wir den Antrag für eine personelle Erhöhung des kommunalen Ordnungsdienstes noch einmal eingebracht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Besonders freuen wir uns darüber, dass wir uns dank der Einschätzung des Regierungspräsidiums zukünftig auch an den Entscheidungen in der Verkehrskommission, Maientagskommission und Ehrungskommission beteiligen dürfen. So, dass auch die kleinste Fraktion innerhalb des GR Göppingen entsprechend vertreten ist. In diesem Zusammenhang würden wir es begrüßen, wenn die Stellung und Rechte von Einzelstadträten in ähnlicher Form angepasst werden würden.

Im Rahmen der Digitalisierung der Gemeinderatsarbeit sind wir sicherlich einen großen Schritt durch unsere bisherigen Anträge vorangekommen. Allerdings mussten wir feststellen, dass manche begleitende Forderungen von uns nur durch externen Druck einfließen konnten. Glücklicherweise sind wir nicht mit der relativ teuren Hardwarelösung. Hier gibt es durchaus günstigere Varianten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Was wird uns 2018 bringen?

Die Stadt wird weiter bauen. Der Kornhausplatz ist unserer Meinung nach ohne die grüne Wand nicht fertig, hier sind wir gespannt wie sich die Fraktionen innerhalb des GR positionieren werden. Wir haben entsprechend einen Antrag zur Erstellung dieser grünen Wand gestellt.

Ein vor meiner Zeit verabschiedeter Beschluss über den Bau des Krematoriums wird weiter kritisch von uns begleitet. Mit Bedauern mussten wir feststellen, dass jetzt schon von diesem demokratischen Beschluss abgewichen wurde. Der Gemeinderat kippte hier seine eigenen Beschlüsse, ein Beispiel hierfür ist die Veränderung des Krematoriumofens. Unser Eindruck hierzu ist, dass die Halbwertszeit der gefassten Beschlüsse des Göppinger Gemeinderates sehr kurz ist. Verlässlichkeit geht anders.

Leider macht sich der EWS-Arena-Effekt bei der Baumaßnahme des Rathauses 2 schon wieder bemerkbar. Jetzt schon Kostensteigerung, um rund 7 % des Rohbaus. Sonderwünsche der Verwaltung, die nach der Meinung von Linke & Piraten schon im Grundsatzbeschluss eingepreist gehört hätten, knapp ½ Million. Wir sehen mit Besorgnis, was hier noch für zusätzliche Kosten auf uns zurollen.

Schön, dass wir im Rathaus 2, 15 % für Unvorhergesehenes eingeplant haben, im Gegensatz zur Klinikplanung des Landkreises, der nur rund 4 % eingeplant hat. Auch hier werden wir mit Sicherheit über die Kreisumlage zur Kasse gebeten. Dies bedeutet, wir tragen in jedem Fall 25 % der Mehrkosten des Klinikneubaus inkl. der Bauten im Umfeld der Klinik.

Das Thema Müllheizkraftwerk wird uns auch als Göppinger Gemeinderat weiter beschäftigen.

Letztendlich ist die Entscheidung im Kreistag verschoben und nicht aufgehoben.

Unser Wunsch wäre eine Online-Befragung der Göppinger Bürger, wie sie hierzu stehen. Dies würde dann zumindest einer direkte Bürgerbeteiligung gleich kommen und für die Göppinger Kreisräte eine Entscheidungshilfe darstellen.

Göppingens Bild verändert sich durch die massiven Investitionen der Stadt, der WGG, der EVF oder privater Investoren nachhaltig. Viele Bürger sehen ihr „altes Göppingen“ verschwinden. Dies können und dürfen wir nicht unbeachtet lassen. Wir denken, dass die jetzigen Veränderungen die größten Veränderungen nach dem Stadtbrand sind. Wir müssen unserer Bürger durch mehr Bürgerbeteiligung und Entscheidungsmöglichkeiten mitnehmen. Diese Bürgerbeteiligung, in Form einer Befragung oder direkten Abstimmung, hätten wir in vielen entscheidenden Bereichen von Investitionen gerne gesehen. Wir sind uns durchaus bewusst, dass dies der Gemeinderat von Göppingen in seiner Mehrheit nicht wünscht.

Hier passt auch der Zwischenruf eines Kollegen, den ich bis heute nicht vergessen habe.

Zitat: „Ich bin hier Stadtrat und hier gewählt worden, also entscheide ich wie ich möchte.“ Rechtlich betrachtet hat er Recht, der Kollege der Fraktion, die die Kanzlerin stellt. Für viele Bürger moralisch nicht.

Unser Haushaltsübertrag ist leider nicht geschrumpft sondern massiv zum Stand September auf 30 Millionen katapultiert worden, immer noch schleppen wir zig Millionen von Millionen jedes Jahr weiter. Viele werden denken dies ist ein Luxusproblem. Nein, dies ist es nicht es ist ein Investitionsstau.

Hier haben wir uns die Frage gestellt: Ist dies alles zu schaffen?

Oder ist es eine bewusste Verschleppung von ungeliebten Beschlüssen des Gemeinderates?

Eine Antwort kann man aber sicherlich darauf geben, das Personal reicht schon seit Jahren nicht aus diesen Haushaltsübertrag abzuarbeiten. Interessant dabei ist die Aussage von unserem Oberbürgermeister, dass er es nicht sozial verantworten kann, dass Menschen nur befristet eingestellt werden, diese Aussage gilt nur im Bereich Baudezernat 3. Allerdings misst er hier mit zweierlei Maß im sozialen Bereich, Sozialdezernat 2 spielt dies wohl keine Rolle, da zum Beispiel bei der aktuellen Ausschreibung die Integrationsmanager nur mit 2 Jahren Befristung versehen werden sollen.

Mit erschrecken stellen wir in diesem Zusammenhang fest, dass Herr Oberbürgermeister wieder versucht eine eigenständige Sozialpolitik im Keim zu ersticken. Wie dies schon bei der Vorgängerin von Frau Bürgermeisterin Cobet stattgefunden hat. Leider ist auch zu uns durchgedrungen, dass der Führungsstil den es schon gegenüber andern Menschen in dieser Position gab wieder auf dem Level angekommen ist, dass man dies durchaus als negativ bezeichnen kann. Bewegen wir uns also wieder in die Machtspielchen unseres Oberbürgermeisters?

Aber eines ist auch klar: Die Defizite der letzten Jahre drücken hier natürlich massiv. Eine ehrliche Aussage des OB wäre hier hilfreich.

Wo wir uns dagegen verwehren ist der Vorschlag ein Budget von 15 Millionen Investsumme einzustellen und dann eine Abarbeitung über eine Prioritätenliste vorzunehmen.

Dies würde unsere demokratische Daseinsberechtigung als Stadtrat für Einzelinvestitionen oder Personalplanung definitiv ab absurdum führen. Dies ist mit uns nicht zu machen.

Ein Thema, wo wir die ersten Fortschritte erzielt haben, ist der weitere Ausbau der Barrierefreiheit innerhalb unserer Stadt. Auch wenn Teilen der Verwaltung am Anfang nicht ganz klar war, was hier dahintersteckt und welche Beteiligungsformen hier notwendig

sind, um Bauvorhaben entsprechend auszustatten. Es ist und bleibt ein fortlaufender Prozess, der wohl niemals beendet werden kann. Aus diesem Grund haben wir auch unseren Antrag der Übertragung der Gemeinderatssitzungen einmal unter dem Aspekt der Barrierefreiheit betrachtet und entsprechend begründet. Um die Worte eines Kollegen einer anderen Fraktion zu zitieren, wo übrigens nicht die Kanzlerin stellt: „Wir dürfen keine gesellschaftliche Gruppe ausgrenzen.“ Die Vielfältigkeit der Behinderungen macht hier die Arbeit besonders schwierig, aber glauben Sie mir: Es wird sich für Göppingen lohnen.

Ein großes Anliegen der Linken & Piraten ist es, den freien Zugang über öffentliche WLAN-Netze zu gewährleisten. Ein wichtiges Etappenziel war es, mit der Abschaffung der Störerhaftung, die rechtliche Voraussetzung dafür zu schaffen. Dies wurde durch Klagen der Piratenpartei, unter anderem am Europäischen Gerichtshof, erreicht. Deshalb steht der Einführung von freiem WLAN in Göppingen nichts mehr im Wege und die Attraktivität von Göppingen kann weiter erhöht werden.

Ein weiteres Anliegen unserer Fraktion ist es, dem Bahnhofplatz einen Namen zu geben, der unmittelbar mit Göppingen national, aber auch international verbunden ist. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, den Bahnhofplatz „Bernhard-Kempa-Platz“ zu nennen.

Da wir das Gefühl haben, dass der Invest nur in Beton erfolgt und die Sozial- und Personalpolitik massiv vernachlässigt wird haben wir entsprechende Anträge vorbereitet. Leider ist auch hier ein Antrag dabei den der Gemeinderat schon entsprechend befürwortet hat. Die Aufstockung des Personals im Bürgerbüro, dieser Beschluss wurde von Herrn Oberbürgermeister Till nicht umgesetzt. Man kann sich schon die Frage stellen, ob es noch Sinn

macht Beschlüsse zu verfassen die dann wieder in seiner autokratischen Art kassiert werden.

Wir haben in folgenden Bereichen Anträge vorbereitet:

- Leitungsfreistellung für all Kitas
- Fachkraft in Zusammenarbeit mit dem Landkreis für das Obdachlosen Quartier
- Aufstockung der Integrationsstelle auf 100 %
- Erneute Ausschreibung der Stelle des Feuerwehrkommandanten

Sehr geehrte Damen und Herren

Göppingen ist schön, ja. Dies stimmt genauso wie die Aussage: Göppingen ist hässlich. Wir denken, dass beide Aussagen richtig sind. Dies kommt immer auf die Art der Betrachtung und des Blickwinkels an. Aber lassen Sie uns daran arbeiten, diese hässlichen Ecken hervorzuziehen, zu beseitigen und die schönen Ecken zu erhalten.

Dies sollte nicht wie in der Vergangenheit daran festzumachen sein, aus welcher politischen Richtung ein Vorschlag kommt. Sondern man sollte das Einzelne unabhängig davon bewerten. So halten wir es seit knapp 4 Jahren. Uns ist es egal aus welcher Richtung ein guter Vorschlag kommt.

Wenn dieser nach unserer Meinung gut ist, dann wird er auch unterstützt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, (die je nach Respekt vor dem Beitrag geringer oder größer war)